Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Denn sie wissen nicht, was sie tun: Rentenpolitik im makroökonomischen Blindflug
2. Mehr Arbeit, weniger Rechte: Die Medienkampagne für den Sozialabbau
3. Warum die Vermögensungleichheit die Gesellschaft spaltet
4. One down, two to go
5. Krieg gegen die Ukraine: Selenskyj fährt nicht zu Wiederaufbaukonferenz nach Polen
6. Ein Brief von Frauen aus St. Petersburg an die Demonstrierenden in Berlin
7. Eine verweigerte Veröffentlichung
8. Thierry Meyssan: Muss der Staat Israel vom Faschismus befreit werden?
9. Gehälter, Gewinne, Mieteinnahmen: Diese Nebeneinkünfte haben die Abgeordneten im Bundestag
10. Zunehmende Verrohung von Kindern und Jugendlichen: Gewaltstudie offenbart extreme Belastungen bei Berliner Schülern
11. Fauci hat einen Meineid geleistet und gefährliche Virenforschung in Wuhan finanziert
12. 40 Industriekonzerne fordern Kurswechsel bei Emissionshandel
13. Hunderte Milliarden SpaceX-Dollar lösen sich in Luft auf
14. Gesteuertes Chaos: Wie Washington die multipolare Welt sabotiert und Europa opfert
15. Wer bestimmt, was wahr ist? Und wie?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Denn sie wissen nicht, was sie tun: Rentenpolitik im makroökonomischen Blindflug**

Warum die kapitalgedeckte Säule der Rentenkommission das Wachstum bremst, warum auch die höhere Aktienrendite das nicht aufwiegt und warum eine gleich hohe Beitragserhöhung im Umlageverfahren das bessere Ergebnis liefert.
Die Rentenkommission empfiehlt, neben dem bestehenden Umlageverfahren eine kapitalgedeckte Säule innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung aufzubauen. Sie nennt das eine gesetzliche Kapitalrente und orientiert sich am Vorbild der schwedischen Prämienrente. Vorgesehen ist ein zusätzlicher, paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden getragener Beitrag, der in Schritten von einem halben Prozentpunkt pro Jahr, idealerweise ab 2028, auf zwei Prozent aufgebaut wird. Die Beiträge fließen in einen öffentlichen, zentral verwalteten Fonds nach dem Vorbild des KENFO und werden am Kapitalmarkt angelegt. Mit dem kreditfinanzierten „Generationenkapital" der vorigen Bundesregierung hat dieser Vorschlag nichts zu tun; es geht um eine beitragsfinanzierte Pflichtkomponente innerhalb der ersten Säule.
Begründet wird das Ganze mit der Demografie: Weil künftig weniger Beschäftigte für mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen, solle vorgesorgt, also gespart werden. Das klingt nach kaufmännischer Vernunft. Dahinter verbirgt sich aber eine volkswirtschaftliche Operation, deren Preis in der Debatte fast nie genannt wird. Sie entzieht der Binnenwirtschaft Nachfrage, dauerhaft und planmäßig, und das in einer Phase, in der die deutsche Wirtschaft ohnehin an der Stagnationsgrenze entlangschrammt.
Quelle: Arno Gottschalk

dazu auch: **Sparen ohne Ziel – In der Rentenpolitik wird das logische Denken konsequent über Bord geworfen**
Der Konsens in der deutschen Rentenreformdebatte ist nah. Fast alle sind sich einig, dass mehr private Vorsorge betrieben werden muss, soll die Rente auch in Zukunft sicher sein. Die Rentenkommission schlägt vor, jeden Arbeitnehmer zu verpflichten, zwei Prozent zusätzlich anzusparen. […]
Dreizehn Prozent Sparquote bedeuten noch einmal 55 Milliarden pro Jahr zusätzlich, für die ein Schuldner gefunden werden muss, wenn die deutsche Wirtschaft nicht noch tiefer in den Sumpf geraten soll. Wer soll die zusätzlichen Schulden machen? Da die deutschen Unternehmen selbst Nettosparer sind, bleibt nur das Ausland und der Staat. Soll Deutschland „nach schwedischem Vorbild" noch höhere Leistungsbilanzüberschüsse machen, obwohl der größte Handelspartner und sein Präsident (zu Recht, wie hier erklärt) alles tun, um die Auslandsverschuldung der USA nicht noch weiter steigen zu lassen.
Bleibt nur der Staat. Nur wenn der deutsche Staat jedes Jahr 55 Milliarden an

zusätzlichen Schulden macht, können die privaten Haushalte 55 Milliarden zusätzlich sparen, ohne die wirtschaftliche Lage weiter zu verschlechtern. Ist das die von den Advokaten der Kapitaldeckung erhoffte Vorsorge für die Zukunft?
Quelle: Relevante Ökonomik

und: **Wenn Omi früh zur Arbeit geht**
Unausgewogene Maßnahmen zur »Reform« der gesetzlichen Rente liegen vor. Jeder Fünfte von Altersarmut bedroht, besonders im Osten
Die Einzelvorschläge der »Rentenkommission« sorgen seit Wochenbeginn in Berlin für Wirbel. Wieviel von den 33 avisierten Eingriffen in die gesetzliche Altersversicherung, die am Dienstag auch offiziell vorgestellt wurden, umgesetzt werden, bleibt vorerst offen, auch wenn Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) dem Vorschlagspaket umgehend »volle Rückendeckung« gab. Zuständig dafür ist allerdings Bundessozialministerin Bärbel Bas (SPD), die mehr Skrupel haben dürfte; kommt doch aus den eigenen Kreisen viel Kritik an den Vorschlägen.
Quelle: junge Welt

2. **Mehr Arbeit, weniger Rechte: Die Medienkampagne für den Sozialabbau**
Viele Arbeiterrechte inklusive des Achtstundentags sind bald passé. Die SPD hat den Gesetzentwurf geliefert, das neoliberale Establishment gesiegt. Statt dies jedoch zu analysieren und zu kritisieren, käuen die Leitmedien die Propaganda der Konzernlobby wieder. Dieser geht die Ausbeutungs- und Verarmungsagenda noch nicht weit genug. (…)
Kurzum: Anstatt die asozialen Rückschritte zum Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts im Gesetzentwurf zu thematisieren und zu betonen, dass die Unionsparteien unter Kanzler Friedrich (BlackRock) Merz dies als Bedingung im Koalitionsvertrag mit der SPD verankert hatten, legitimieren private wie öffentlich-rechtliche Leitmedien das Geschrei der Kapitallobby, der die gnadenlose Ausbeutungsoffensive noch immer nicht weit genug geht, als berechtigte Kritik. (…)
Wie der Teufel das Weihwasser scheut die Merz-Union hingegen geringste soziale Pflichten für Superreiche. Die Milliardäre sollen freie Bahn bekommen, um ihre Vermögen immer weiter maximal zu mehren.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Die abschließend gestellte Frage "Wo bleibt der Widerstand, um das zu stoppen?" erscheint insbesondere vor dem Hintergrund des bereits erfolgten Sozialabbaus während der rot-grünen Schröder/Fischer-Regierungszeit, die von einer schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat unterstützt wurde, sehr berechtigt.*

3. **Warum die Vermögensungleichheit die Gesellschaft spaltet**
   Die Familienunternehmer-Lobby handelt gegen die Interessen ihrer Mitglieder, wenn sie Privilegien verteidigt, statt Chancen für alle zu schaffen. Das schadet letztlich auch der Demokratie.
   Der neue World Wealth Report ist da, und er hat es in sich. In Deutschland leben rund 1,8 Millionen Millionäre, elf Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Ihr Vermögen wuchs sogar um 12,7 Prozent und damit deutlich schneller als das der Reichen weltweit, das im Schnitt 8,7 Prozent zulegte.
   Wo hierzulande bereits Vermögen ist, vermehrt es sich. Das ist aber keine Flut, die alle Boote hebt, wie marktliberale Wirtschaftswissenschaftler hoffen.
   Denn die Wirtschaft stagniert, die Reallöhne sind auf dem Niveau von 2019.
   Quelle: Felix Oldenburg im Handelsblatt
4. **One down, two to go**
   Keir Starmer (unfähig, unpopulär) tritt zurück (unter Tränen!). Und zwar nur, um durch eine unverbrauchtere Ausgabe seiner selbst ersetzt zu werden: „Andy“ Burnham (unfähig, unpopulär), der bis zu seinem eigenen Rücktritt (Jahresende?) – wegen bestätigter Unfähigkeit, explodierter Unbeliebtheit & verlorener Unverbrauchtheit – der fünfte seiner Art („crime minister“) in nur vier Jahren gewesen sein wird.
   Ähnliches gilt für Emmanuel Micron (unfähig, unpopulär), der seine Landsleute nach 10 quälenden Jahren als Präsidentendarsteller und Aufschneider („Mozart der Finanzen“) im April 2027 verlassen wird (unter Tränen?), um durch eine jüngere Ausgabe seiner selbst ersetzt zu werden: […]
   Nur die Deutschen bleiben (natürlich) (wieder) auf ihrem Fotzenfritz (unfähig, unpopulär) sitzen. Jedenfalls bis er 2029 durch eine jüngere/unverbrauchtere Ausgabe seiner selbst ersetzt werden wird: Partei & Haarfarbe stehen noch nicht fest, alles andere schon:
   Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X
5. **Krieg gegen die Ukraine: Selenskyj fährt nicht zu Wiederaufbaukonferenz nach Polen**
   Polen und die Ukraine haben sich über ihre gemeinsame Geschichte zerstritten. Der Zwist greift auch auf andere Bereiche der wichtigen Zusammenarbeit über. Polens Premier Tusk reagiert versöhnlich auf eine Absage Selenskyjs.
   Wegen eines eskalierenden Geschichtsstreits mit Polen reist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nicht zu einer Wiederaufbaukonferenz nach Danzig. Ministerpräsidentin Julija Swyrydenko teilte auf Telegram mit, dass sie die ukrainische Delegation bei der gemeinsam mit Polen ausgerichteten Konferenz am Donnerstag und Freitag leiten werde. Zu dem Treffen über den Wiederaufbau der Ukraine wird mit anderen Staats- und Regierungschefs am Donnerstag auch Bundeskanzler Friedrich

Merz (CDU) erwartet.
Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat den Wert der kommenden Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine auch nach der Absage von Co-Gastgeber Wolodymyr Selenskyj betont. »Der Aufbau guter Beziehungen ist nicht nur ein Ausdruck von Anstand in schwierigen Zeiten, in Kriegszeiten, sondern er lohnt sich auch«, sagte Tusk der Nachrichtenagentur PAP zufolge in Warschau. In diesem Sinne sei die Konferenz mit der Ukraine vorbereitet worden, und so werde sie am Donnerstag und Freitag in Danzig stattfinden.
Quelle: DER SPIEGEL

6. **Ein Brief von Frauen aus St. Petersburg an die Demonstrierenden in Berlin**
Russland-Reisende kommen oft ins Staunen, wie positiv die Russen über die Deutschen sprechen. Es gibt in Russland sogar Vereinigungen, wo die Freundschaft zu Deutschland bewusst gepflegt wird. Eine solche Vereinigung in St. Petersburg hat aus Anlass des 85. Jahrestages des Angriffs der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion einen Brief an die Teilnehmer der Kundgebung «Russland ist nicht unser Feind» in Berlin geschrieben.
Quelle: Globalbridge
7. **Eine verweigerte Veröffentlichung**
Auf Wunsch von Politico Europe verfasste der russische Außenminister Sergej Lawrow einen Artikel mit dem Titel „Die Ukraine, Europa und globale Sicherheit“, dessen Veröffentlichung auf Beschluss der Redaktion in letzter Minute abgesagt wurde, wie das russische Außenministerium mitteilte. Daraufhin veröffentlichte TASS am 19. Juni 2026 den Artikel des Ministers, der auch auf der Website des russischen Außenministeriums erschienen ist.
Warum die Absage erfolgte, wurde nicht mitgeteilt. Lawrow hat mit seinem Artikel an und für sich nichts Neues und vor allem nichts Außergewöhnliches geschrieben. Offenbar nehmen die Selbstzensur und/oder die Angst der westlichen Meinungsmacher, dem Vorwurf einer Verbreitung der russischen „Propaganda“ ausgesetzt zu werden, mittlerweile geradezu groteske Züge an.
Quelle: Overton Magazin
8. **Thierry Meyssan: Muss der Staat Israel vom Faschismus befreit werden?**
Die internationale öffentliche Meinung hat sich gegenüber dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu deutlich gewandelt. Für eine Mehrheit ist nun klar, dass dieser nicht nach Frieden strebt, sondern versucht, die Bevölkerung im Südlibanon zu vernichten, so wie er es zuvor mit der Bevölkerung im Gazastreifen versucht hat.
Diese Tatsache wurde erst deutlich, als er sich gegen den Friedensplan der USA mit dem Iran aussprach, denn zum ersten Mal zeigte sein wichtigster Verbündeter, dass

ein anderer Weg möglich war.
Seit dem Machtantritt der Koalition aus Likud und Kahanisten [1], haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die derzeitige israelische Regierung das „revisionistische zionistische“ Projekt von Ze’ev Vladimir Jabotinsky fortsetzt [2].
Quelle: Seniora.org

9. **Gehälter, Gewinne, Mieteinnahmen: Diese Nebeneinkünfte haben die Abgeordneten im Bundestag**
Hunderttausende Euro aus Vermietungen, Firmenbeteiligungen oder Vorträgen: Eine Auswertung von abgeordnetenwatch und dem SPIEGEL zeigt die größten Nebenverdienste im Bundestag, mögliche Interessenkonflikte – und erstmals die Nebeneinkünfte aller 630 Abgeordneten im Überblick.
232 der 630 Bundestagsabgeordneten haben Nebeneinkünfte oder geldwerte Vorteile gemeldet.
Seit Beginn der Wahlperiode meldeten die Abgeordneten Nebeneinkünfte von mehr als 10,6 Millionen Euro.
Mit 2,7 Millionen Euro führt Ophelia Nick (Grüne) die Liste der Nebeneinkünfte an.
In der CDU/CSU-Fraktion hat jede:r Zweite Nebeneinkünfte.
Die Recherche zeigt zudem potenzielle Interessenkonflikte sowie Fälle unvollständiger oder verspäteter Offenlegungen.
Quelle: abgeordnetenwatch
10. **Zunehmende Verrohung von Kindern und Jugendlichen: Gewaltstudie offenbart extreme Belastungen bei Berliner Schülern**
Schulleitungen sprechen von „erschreckenden Ergebnissen“. Die Bildungssenatorin kündigt Konsequenzen an. Es ist die erste Studie ihrer Art in Deutschland.
Berlins Schülerinnen und Schüler leiden massiv unter Gewalt, Bedrohung, Mobbing und Diskriminierung. Aber auch Schulbeschäftigte werden häufig zu Opfern und beklagen eine zunehmende Verrohung der Kinder und Jugendlichen. Dies belegt das erstmals erstellte „Gewalt- und Konfliktbarometer“, das am Montag vorgestellt wurde.
Schulleitungen nannten die Ergebnisse gegenüber dem Tagesspiegel „erschreckend“.
Quelle: Tagesspiegel
11. **Fauci hat einen Meineid geleistet und gefährliche Virenforschung in Wuhan finanziert**
An ihrem letzten Arbeitstag hat US-Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard Dokumente veröffentlicht, die ihr zufolge beweisen, dass Anthony Fauci als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases gefährliche Forschung mit Fledermausviren in dem Labor in Wuhan mit Steuergeld finanziert hat, aus dem mutmaßlich der SARS-Cov2-Virus stammt. In den USA war diese Forschung nicht mehr erlaubt. Entgegen seiner Aussage unter Eid vor dem Kongress soll Fauci, den

Dokumenten zufolge, intensive Kommunikation mit Geheimdienstlern gepflegt haben, um diese dazu anzustiften, den tatsächlichen Ursprung des Corona-Virus zu verheimlichen und die Labor-These zu diskreditieren.
Quelle: Norbert Häring

dazu: **US-Nachrichtendienst-Chefin Tulsi Gabbard veröffentlicht Dokumente zu COVID-Ursprung**
Freitag, der 19. Juni 2026, war der letzte Arbeitstag von Tulsi Gabbard als Direktorin der nationalen Nachrichtendienste. An diesem Tag veröffentlichte sie in ihrer letzten Amtshandlung geheime Korrespondenz und andere Dokumente, die bisher unter Verschluss waren.
Laut Gabbard zeigen diese Akten, wie der ehemalige medizinische Berater mehrerer US-Präsidenten, Dr. Anthony Fauci, "gefährliche Gain-of-Function-Forschung an Coronaviren finanzierte" und "zusammen mit seinen handverlesenen sogenannten "Experten" hinter den Kulissen die Geheimdienste dazu drängte, einen natürlichen tierischen Ursprung zu befürworten, um seine gefährliche Forschung zu verschleiern, die er mit Steuergeldern finanziert hatte".
Skeptische Wissenschaftler und Geheimdienstmitarbeiter, die während der Coronakrise die "Laborunfall"-Theorie vertraten, seien auf Anweisung Faucis mundtot gemacht worden.
Quelle: RT DE

dazu auch: **US-Biolabore in der Ukraine: Moskau wertet Aussagen von Tulsi Gabbard als Bestätigung**
Russland Verteidigungsministerium hat erneut schwere Vorwürfe gegen die USA und die Ukraine im Zusammenhang mit biologischen Forschungseinrichtungen erhoben. Nach Angaben des Kommandeurs der russischen ABC-Abwehrtruppen, Alexej Rtischew, sind US-finanzierte Biolabore in der Ukraine zur Erforschung und Lagerung von Komponenten biologischer Waffen genutzt worden.
Zusätzliche Aufmerksamkeit erhielt das Thema durch veröffentlichte Dokumente und Aussagen von Tulsi Gabbard, der Direktorin der Nationalen Geheimdienste der USA. Gabbard erklärte, die US-Regierung habe weltweit zahlreiche Biolabore finanziert, darunter auch Einrichtungen in der Ukraine, in denen mit gefährlichen Krankheitserregern gearbeitet worden sei.
Russland wertet dies als Bestätigung seiner langjährigen Vorwürfe und sieht darin ein Eingeständnis, dass die Ukraine Teil eines größeren, von den USA unterstützten Biolabor-Netzwerks ist.
Quelle: RT DE

12. **40 Industriekonzerne fordern Kurswechsel bei Emissionshandel**
Rund 40 Industriekonzerne machen mit einem Brief an die EU-Spitze Druck vor der geplanten Neuregelung des europäischen Emissionshandels. «Wir fordern ein entschlossenes Eingreifen, um die Kosten-Eskalation im Emissionshandelssystem (ETS) zu stoppen», heißt es in dem Schreiben an EU-Ratspräsident António Costa und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.
Wenn das bestehende System fortgesetzt werde, werde es zu einer Verlagerung von Produktion und Werksschließungen kommen, schreiben die Unterzeichner, darunter die Chemiekonzerne BASF, Evonik und Covestro sowie die Stahlkonzerne Thyssenkrupp und ArcelorMittal. «Die Folgen – Arbeitsplatzverluste, rückläufige Investitionen und ein nachlassendes Wirtschaftswachstum – sind absehbar.» Bei der Reform des Emissionshandelssystems müsse die Politik unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um «weiteren Schaden für die industrielle Basis Europas zu vermeiden.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *Reichlich spät kommt die Forderung nach einem Kurswechsel. Die Verlagerung von Produktion und Werksschließungen wird jedoch erst dann befürchtet, "wenn das bestehende System fortgesetzt werde". Dabei ist dieser Prozess im vollen Gang.*

13. **Hunderte Milliarden SpaceX-Dollar lösen sich in Luft auf**
Die Euphorie um den Börsenneuling SpaceX ist vorerst verflogen. Am Montag stürzte der Aktienkurs des von Elon Musk geführten Unternehmens um 16 Prozent ab – die Aktie hat damit in den vergangenen drei Handelstagen insgesamt 23 Prozent an Wert verloren. Alleine zu Wochenbeginn wurden so 400 Milliarden US-Dollar an Börsenwert vernichtet. Das ist der "Financial Times" zufolge in Dollar gemessen der zweitgrößte Tagesverlust, den ein Unternehmen jemals erlitten hat. Die Marktkapitalisierung des Chip-Riesen Nvidia war im Januar vergangenen Jahres um 600 Milliarden Dollar geschrumpft.
Quelle: n-tv
14. **Gesteuertes Chaos: Wie Washington die multipolare Welt sabotiert und Europa opfert**
Angesichts der eskalierenden Energieblockaden und des Krieges gegen den Iran im Frühjahr 2026 zieht der italienische Publizist Thomas Fazi eine radikale Bilanz der globalen Unordnung. Im Gespräch mit ÉVA PÉLI analysiert der Autor von The Battle for Europe, wie Washington die aktuelle Destabilisierung als kalkuliertes Werkzeug nutzt, um eine neue Weltordnung im Keim zu ersticken. Fazi beschreibt die

europäische Krise dabei nicht als Unfall, sondern als Resultat eines »stillen Putsches« der Brüsseler Bürokratie, der den Kontinent – und insbesondere Deutschland – in eine dauerhafte industrielle und politische Unterordnung zwingt.
Quelle: Hintergrund

15. **Wer bestimmt, was wahr ist? Und wie?**
„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten … Eine Zensur findet nicht statt“, steht in Artikel 5 unseres Grundgesetzes. Doch aktuell geschieht zunehmend das Gegenteil. Das Buch „Der Wahrheitskomplex“ beschreibt und analysiert diese bedenkliche Entwicklung.
„Es ist bedauerlich festzustellen, dass insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache mit orwellschem Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündest, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist“, sagte Papst Leo XIV. in seiner Neujahrsansprache 2026.
Mit dieser Einschätzung liegt der Papst nicht allein. Nach Allensbach-Umfragen glauben inzwischen nur noch 46 % der deutschen Bürger, dass sie ihre Meinung frei äußern können. 1990 waren es noch 77 %, 2017 immerhin noch 63 %. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?
Quelle: ÖkologiePolitik